№ 164. Abendblatt.
Mittwoch, 9. April.

Die „Volks-Zeitung" erscheint täglich zwei Mal — Morgens und Abends — mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen.
Chef-Redakteur: Karl Wollroth in Berlin.
Redaktion und Haupt-Expedition: W. Lützowstraße 105.
Annahmestellen für Abonnements u. Inserate: W. Kronenstraße 46. O. Gr. Frankfurter Str. 87, SO. Kottbuser Str. 1. S. Kommandantenstr. 58, N. Chausseestr. 67. C. Neue Schönhauserstr. 5.
Druck und Verlag: „Gutenberg", Druckerei und Verlag, Act.-Ges. Berlin W., Lützowstraße 105.

Volks-Zeitung.

Organ für Jedermann aus dem Volke.

Gratis-Beilage: „Gutenberg's Illustrirtes Sonntagsblatt."

Berlin.
1902. — 50. Jahrgang.

Abonnementspreis für Berlin:
Vierteljährlich zwei Mal täglich pränumerirt 4,50 M
nur Morgens „ 4,— „
Monatlich zwei Mal täglich „ 1,50 „
„ nur Morgens „ 1,35 „
Wöchentlich 35 Pfennig.
Beim Selbstabholen aus der Expedition: Quartal 3,25 M., Monat 1,10 M., Woche 30 Pf.
Einzelne Nummer: 10 Pfennig.
Bei allen Deutschen Postanstalten pro Quartal 4,50 M., monatlich 1,50 M.

Insertionsgebühr:
Für die gewöhnliche Zeile 40 Pfennig.

Der Minister Lieber.

Auf die Affaire Lieber kommt die „Köln. Volks-Ztg." von Neuem zurück. Sie verurtheilt grundsätzlich die Belohnung parlamentarischen Wohlverhaltens mit Aemtern und Orden.

Wenn die Regierung anfangen wollte, sich für die Unterstützung in den parlamentarischen Körperschaften dadurch dankbar zu erweisen, daß sie den besonders betheiligten Abgeordneten derartige Geschenke zu Theil werden ließe, so müßte das zur Korruption und Demoralisirung führen. Die Abgeordneten sind gewählt, um die Interessen des Volkes wahrzunehmen, nöthigenfalls auch der Regierung gegenüber. Wenn aber für die Wirksamkeit im Parlamente Belohnung oder Strafe von der Regierung zu erwarten steht, so werden schwache und strebsame Persönlichkeiten nur zu leicht dazu gebracht werden, das Wohl des Volkes mit der Gunst der Regierung zu verwechseln. Es galt daher immer als selbstverständlich, daß es für die noch so angestrengte, erfolgreiche und der Regierung angenehme parlamentarische Thätigkeit Orden und dergleichen nicht gab. Die Regierung, die eine Anzahl preußischer Landräthe wegen ihrer Abstimmung über die Kanalvorlage maßregelte, scheint mit diesem guten Grundsatze haben brechen zu wollen. Bei dem Abg. Dr. Lieber hat sie jedoch damit kein Glück gehabt.

Aber welches mag die Absicht der oder des Anbietenden gewesen sein, falls das Angebot überhaupt ernstlich gemeint war? Man mußte sich doch von vornherein sagen, daß ein Führer des Zentrums in die Regierung nur eintreten konnte, wenn diese Politik mit den wichtigsten Grundsätzen des Zentrums in Einklang gebracht wurde. Ein Zentrumsmitglied das so und so oft Beschwerde geführt hat über den Fortbestand des Jesuitengesetzes und der anderen gehässigen Reste des Kulturkampfes, sowie über die noch so häufig geübte Imparität, konnte nicht einer Regierung anghören, die alles beim alten lassen ließ. Daß eine Besserung versprochen worden wäre, hat man nicht gehört. Sie hätte, wenn ehrlich gemeint, ja auch trotz der Ablehnung Liebers eintreten müssen; es ist aber nichts geschehen. Wollte man etwa durch die Berufung eines Zentrumsmitgliedes in das Ministerium das Zentrum mundtodt machen? Das wäre eine wunderliche Verkennung der Zentrumspartei und der deutschen Katholiken gewesen.

Somit bleibt es einstweilen räthselhaft, was man sich bei dem Anerbieten an Dr. Lieber eigentlich gedacht hat. Lieber's Persönlichkeit sowohl wie seine politischen Grundsätze ließen unter den obwaltenden Umständen mit Sicherheit voraussehen, daß man sich eine abschlägige Antwort holen werde.

Aber es heißt, findet sich die Mittheilung der Thatsache, daß dem Dr. Lieber eine Auswahl von Aemtern zur Belohnung angeboten worden sei, in dem Tagebuche des Verstorbenen. Es wäre interessant, zu erfahren, wie Dr. Lieber den Vertrauensmann der Regierung behandelt hat, der ihm das vielbesprochene Angebot gemacht hat. Uebrigens soll es nicht Fürst Hohenlohe gewesen sein, der mit Lieber wegen der Belohnung verhandelt hat.

Zur Diätenangelegenheit wird anscheinend offiziös aus München berichtet:

Nach den Informationen besteht das Ergebniß der Reise des Grafen Posadowsky, soweit es dabei um die Diätenfrage sich handelte, darin, daß der Tarifkommission des Reichstags Unwesenheitsgelder gewährt, allgemeine Diäten dagegen, wenigstens dem jetzigen Reichstag, nicht bewilligt werden sollen.

Dann wird der jetzige Reichstag nicht umhin können, die der Zolltarifkommission zugedachten Anwesenheitsgelder abzulehnen. Sollte aber die zollfreundliche Mehrheit unter Verlängerung ihres letzten Diätenbeschlusses so inkonsequent sein wollen, der Kommission Anwesenheitsgelder zu bewilligen, so wird es Sache der Linken sein, das Zustandekommen eines solchen Beschlusses mit allen zulässigen Mitteln zu verhindern.

Eine Weinprobe veranstaltete die Zolltarifkommission nach den Schlusse ihrer gestrigen Nachmittagssitzung. Der Abg. Wallenborn hatte geschäftsordnungsmäßig eine Einladung zu einer Probe deutschen Rothweins ergehen lassen, die einen Theil der Kommissionsmitglieder noch länger zusammenhielt.

Die Einnahmen der preußischen Staatseisenbahnen sind nach offiziösen Mittheilungen gegen den Etatsansatz um rund 80 Millionen, gegen die Einnahmen des Jahres 1900 um rund 35 Millionen zurückgeblieben. Ebenso weist der Eisenbahnüberschuß gegenüber dem Etatsansatz einen Rückgang um rund 58 Millionen, gegenüber dem Vorjahre um rund 43 Millionen Mark auf.

Eine aufgehobene Vergünstigung. Ueber eine merkwürdige Anordnung des Unterrichtsministers wird aus Aachen berichtet:

Bei Eröffnung der Technischen Hochschule im Jahre 1872 erwirkte der damalige Direktor dieser Anstalt, der spätere Geheimrath von Nagel, ein warmer Schul- und Lehrerfreund, den Aachener Volksschullehrern den Erlaß der Einschreibegebühr und des Unterrichtshonorars für die öffentlichen Vorlesungen. Diese Vergünstigung ist nunmehr aufgehoben worden, wie ein Schreiben besagt, das der Rektor der Hochschule an einen Lehrer gerichtet hat. Diesem wird darin mitgetheilt, daß es der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten diesmal abgelehnt habe, den Erlaß der Einschreibegebühr und des Unterrichtshonorars im gegenwärtigen Wintersemester zu bewilligen. Der Lehrer wird gleichzeitig ersucht, den Betrag bis zu einem bestimmten Termin bei der Kasse der Technischen Hochschule einzuzahlen.

Der preußische Staat scheint das Geld des Aachener Lehrers nicht entbehren zu können, und so muß dieser wohl oder übel das seinige zur Aufbesserung der preußischen Finanzen beitragen.

Behufs Hebung des Obstbaues durch die Lehrer hat die Regierung in Arnsberg an die Kreisschulinspektoren kürzlich folgende Verfügung erlassen: „Nach den Berichten der Kreisschulinspektoren und den Wahrnehmungen unserer Departements-Schulräthe wird der Pflege der Obstbaumzucht in den ländlichen Schulgemeinden seitens der Lehrer nicht überall das nöthige Interesse zugewandt. Die auf den Schulgrundstücken angelegten Obstbaumschulen sind theilweise vernachlässigt, für die Anlage neuer derartiger Anpflanzungen zeigen namentlich die jungen Lehrer wenig Neigung. Wir ersuchen daher die Kreisschulinspektoren unseres Verwaltungsbezirks, auf der nächsten amtlichen Lehrerkonferenz die Lehrer auf die Wichtigkeit einer rationellen Obstbaumzucht, namentlich in den wirthschaftlich zurückgebliebenen Kreisen des Regierungsbezirks Arnsberg, hinzuweisen und sie anzuregen, alle auf dieses Ziel gerichteten Bestrebungen im Interesse des allgemeinen Volksschulwohles zu fördern. Soweit auf den Schulgrundstücken Obstbaumschulen vorhanden sind, erwarten wir, daß die Lehrer für die Folge sich der Pflege derselben mit Eifer hingeben."

Zur gehörigen Pflege und rationellen Kultur von Obstpflanzungen gehört nicht bloß Zeit, sondern auch Geld. Ohne die nöthige materielle Unterstützung muß das Interesse an der Instandhaltung von Obstbaumschulen seitens der Lehrer erlahmen. Wie steht es um diesen springenden Punkt?

Deutsch-holländische Postunion. Die Frage einer Postunion zwischen Holland und Deutschland, die von der Utrechter Handelskammer neuerdings wieder angeregt worden ist, wird Gegenstand der Besprechung in einer Handelskammerkonferenz sein, die in Arnheim oder Utrecht stattfindet. Die Einladungen sind von der Utrechter Handelskammer an die Kammern von Amsterdam und Rotterdam, sowie an die Provinzialhauptstädte bereits ergangen.

Kundgebungen zu Gunsten des allgemeinen Stimmrechts haben gestern in allen Theilen Belgiens stattgefunden. Im Brüsseler Volkshause wurde eine Versammlung abgehalten, an der mehrere republikanische spanische Deputirte, die sich dort aufhalten, theilnahmen. Der Abgeordnete van der Velde hielt eine Rede, in der er sagte, die Schluß-Agitation für das allgemeine Stimmrecht habe begonnen, und es müsse nun die Gewalt den Vernunftgründen zu Hilfe kommen. Nach der Versammlung gerieth eine Schaar von etwa 1500 Sozialisten mit Polizeimannschaften ins Handgemenge; zwei von diesen und ein Sozialist wurden verwundet. Die Schaar wandte sich dann nach dem Palais des Prinzen Albert. Die Polizei sperrte die Straßen und ging zum Angriff vor; drei der Ruhestörer wurden verletzt. Als Gendarmerie dazukam, gelang es, die Menge zu vertreiben.

In Gent wartete eine große Volksmenge am Bahnhof auf die Deputirten, die aus Brüssel zurückkehrten. Die katholischen Deputirten mußten durch Polizeimannschaften und Gendarmen nach ihren Wohnungen geleitet werden. In den Straßen am Bahnhof kam es wiederholt zu Zusammenstößen. Nach Schluß einer sozialistischen Versammlung, die am Abend stattfand, bildete sich ein starker Trupp, der sich anschickte, die Straßen zu durchziehen. Die Polizeimannschaften traten mit dem Revolver in der Faust der Menge entgegen und richteten die vorgeschriebenen Aufforderungen an sie, auseinander zu gehen. Bei der dritten Aufforderung warf sich der sozialistische Deputirte Anseele zwischen beide Gruppen und beschwor seine Parteigenossen, sich zurückzuziehen, was diese schließlich auch thaten.

In La Louvière versuchten Theilnehmer an einer Kundgebung für das allgemeine Stimmrecht, die Bureaux eines klerikalen Blattes anzuzünden; das Feuer wurde aber sofort gelöscht.

In Antwerpen wartete gleichfalls eine Schaar von Sozialisten am Bahnhof auf die aus Brüssel zurückkehrenden Mitglieder der Deputirtenkammer und empfing die klerikalen Abgeordneten mit Schimpfworten; die Menge gerieth mehrmals mit der Polizei zusammen, ohne daß ernstere Verwundungen vorgekommen wären.

Ein neuer Studentenumzug wird aus Moskau gemeldet. Das dortige Gefängniß, in welchem seit letzter Zeit eine große Anzahl Studenten internirt war, ist von den Insassen in Brand gesteckt worden. Die Studenten hinderten die Feuerwehr an den Löschungsarbeiten, sie wurden daher zu körperlichen (!) Strafen verurtheilt. Die Bevölkerung ist über diese Vorgänge sehr erregt.

Unsere Prügelstrafen-Schwärmer werden neidvoll auf die russische Kultur schauen. Körperlich gezüchtigte Studenten, das ist doch etwas für ihre Sehnsucht.

Zur Friedensaktion meldet aus ein Privattelegramm:

Auch in Amsterdam ist die Meldung eingetroffen, daß **Roseberry sich nach Südafrika begiebt,** um auf Grund eigener Anschauung dem Könige Eduard entsprechende Vorschläge zu unterbreiten. Der Monarch ist sehr ungehalten, daß die Unterhandlungen einen so schleppenden Verlauf nehmen und äußerte wiederholt, er wünsche sehnlichst den Tag herbei, an welchem die Feindseligkeiten definitiv zu Ende seien. Die der Burenregierung zugegangenen direkten Meldungen bestätigen, daß bis Ende März die Verfassung des Burenheeres vorzüglich und die gegenwärtige Lage für die Buren derart günstig ist, wie in den ersten Tagen der großen Burensiege. In der Umgebung Kitcheners herrscht angesichts der Burenerfolge sowie der Haltung des Königs Bestürzung.

König Eduard kann seine Friedenssehnsucht leicht befriedigen, indem er den unbesiegten Buren läßt, was ihnen zukommt, ihre Unabhängigkeit. Etwas anderes wird weder Wolseley noch Roseberry erreichen.

Vom südafrikanischen Kriegsschauplatze. Die ratenweisen Nachträge zur englischen Verlustliste kommen schon. Einer Mittheilung des Kriegsministeriums zufolge sind der bisherigen Verlustliste über die Schlacht am Harrisfluße sechs Todte und 49 Verwundete hinzuzufügen.

Damit wäre man bereits bei einem Gesammtverluste von 230 Mann angelangt. Die Burennachrichten, welche den Engländern eine Einbuße von 250 Mann zuschrieben, werden also wieder Recht behalten. Aus Bloemfontein wird depeschirt:

Mit Genehmigung Kitcheners bildet Piet De Wet, ein Bruder des Burengenerals, früher Generalkommandant des Freistaates, ein Burenkorps in englischen Diensten im Gebiete des Oranje-Staates. Wer sich dem Korps anschließt, erhält besondere Betheilen für die Rückkehr auf die Farm nach Schluß des Krieges.

Daß Kitchener es genehmigt, wenn sich burische Verräther in englischen Sold stellen, weiß man längst, aber man weiß auch, daß der Zulauf solches Gesindels kläglich gering ist. Endlich sei registrirt, daß das Kriegsamt Lord Kitchener telegraphisch aufforderte, Krutzinger mit Schonung und Entgegenkommen zu behandeln.

Schlimm genug, daß zu einem Akte der Ritterlichkeit und des Anstandes erst eine kriegsamtliche Aufforderung nöthig ist. Die Burengenerale bedürfen deren nicht.

Zur Lage in China liegt eine Reihe allgemein orientirender Nachrichten vor. In Peking wurde gestern endlich der Mandschurei-Vertrag unterzeichnet. Innerhalb eines Zeitraums von drei Monaten soll in Petersburg die Ratifizirung erfolgen. Aus Tientsin berichtet der Draht, in der Mongolei herrsche fortgesetzt Aufruhr, in Folge der Erhebung von Steuern zur Bezahlung der Kriegsentschädigung. Die Einwohner seien gut bewaffnet und organisirten nunmehr den Widerstand gegen die Regierungstruppen. In Schanghai verlautet, mehrere Vizekönige, darunter auch Lukungi, welcher dem englisch-japanischen Bündniß mit großem Mißtrauen begegnet waren, hätten die Nachricht von dem französisch-russischen Abkommen mit Freuden begrüßt.

London, 9. April. Nach Meldungen aus Bulawayo ist dort gestern die Leiche Cecil Rhodes' eingetroffen; die Beerdigung auf der Höhe von Matojao erfolgt Donnerstag.

Konstantinopel, 8. April. Der neue Expreßdampfer der deutschen Levantelinie „Therapia" ist mit 80 Touristen heute früh hier angekommen. Der Dampfer hatte trotz des stürmischen Wetters eine ausgezeichnete Fahrt und hat sich vorzüglich bewährt. Morgen Abend findet an Bord der „Therapia" ein Essen statt, an welchem der deutsche Botschafter, der Generalkonsul, die zu der Botschaft gehörenden Personen, die in türkischem Dienst stehenden deutschen Offiziere und Beamten, die Direktoren der anatolischen Bahn sowie Mitglieder der deutschen Kolonie und Vertreter der Presse theilnehmen werden. Am Donnerstag erfolgt die Abfahrt nach Odessa.

Peking, 9. April. Der älteste Sohn Lihungtschang's ist gestern an der Brightschen Krankheit gestorben.

Die Zolltarifkommission des Reichstages

fehte heute ihre Berathung bei Position 47 fort. Position 47 behandelt getrocknetes Obst und legt auf getrocknete, gedörrte (auch zerschnittene und geschälte) Aepfel und Birnen einschließlich verwerthbarer Abfälle 8 M., Aprikosen, Pfirsiche 10 M., Pflaumen aller Art: unverpackt oder nur in Fässern oder Säcken bei mindestens 80 Kilogramm Rohgewicht 5 M., in anderer Verpackung 10 M., anderes getrocknetes oder gedörrtes Obst 8 M. Zoll. Der bisherige Zoll für diese Waaren beträgt in allen Fällen 4 M.

Hierzu beantragen: 1. die Abgg. Antrick (Soz.) u. Genossen: Zollfreiheit. 2. Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Vpt.) einen einheitlichen Zoll von 4 M. wie bisher. 3. Abg. Dr. Spahn (Ztr.): für Aepfel, Birnen 2c. 10 M., für Pflaumen, unverpackt oder nur in Fässern 10 M., in anderer Verpackung 15 M. 4. Abg. Frhr. v. Wangenheim (kons.): für Aepfel, Birnen 2c. 15 M., für Aprikosen und Pfirsiche 40 M., für Pflaumen unverpackt 2c. 15 M., in anderer Verpackung 25 M., anderes getrocknetes, gedörrtes Obst 10 M.

Abg. Frhr. v. Wangenheim (kons.) weist statt jeder Begründung seines Antrages auf das Interesse der heimischen Dörrobstfabriken hin, gegen die Einfuhr fremder Waare geschützt zu werden. — Abg. Antrick (Soz.) hebt die Bedeutung des Dörrobstes für die Volksernährung hervor. Die deutsche Dörrobstindustrie sei garnicht im Stande, den Bedarf unseres Marktes zu decken.

Direktor im Reichsamt des Innern Wermuth: Wangenheims beantragte Sätze ständen in gar keinem Verhältniß zu den Zollsätzen für frisches Obst. Auch der Antrag Spahn gehe „reichlich weit". — Geheimrath Lau: Wenn die Kistenverpackung dem gleichen Zollsatz unterworfen werde wie die Sackverpackung, dann würde auch die jetzt in kleineren Kisten eingehende Luxuswaare in großen Kisten von 80 Kilogramm zu billigeren Zollsätzen eingehen.

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Vp.): Eine höhere Zollbelastung der Pfirsiche und Aprikosen sei ungerechtfertigt, da das Steinobst, gedarrt und getrocknet, schon wegen des schweren Steines dem Kernobst gegenüber unverhältnißmäßig schwer durch gleichen Zoll belastet werde.

Direktor im Reichsamt des Innern Wermuth: Die Einfuhren hätten sich nur gesteigert wegen der Verbilligungen der Frachten. Oesterreich-Ungarn, Serbien 2c. hätten großen Werth darauf gelegt, daß der Zollsatz von 4 M. gebunden werde.

Abg. Dr. Spahn (Zentr.) betrachtet seinen Antrag als Konsequenz der gestrigen Beschlüsse. Was in zweiter Lesung werde, bleibe ja noch dahingestellt. — Abg. Schrader (fr. Vgg.): An den Beschwerden des heimischen Obstbaus trage namentlich der Umstand Schuld, daß unsere Eisenbahnen und Verkehrsanstalten jetzt zu Finanzanstalten geworden sind. Die hohen Eisenbahntarife erschweren die Obstverwerthung. — Abg. Graf Oriola (nl.) vertritt den Antrag Wangenheim. — Abg. Molkenbuhr (Soz.) weist darauf hin, daß die Sackverpackung theurer ist als die Kistenverpackung. Und doch soll die Kistenverzollung höher sein als die Sackverzollung. Die Grenze von 80 Kilo sei doch nur vom Standpunkt der Podbielski'schen Lochtheorie aus zu verstehen. Wenn nun ein 80 Kilo-Sack ein paar Kilo Pflaumen verliert, würden dadurch die Gebrauchspflaumen zu Luxuspflaumen? (Heiterkeit.)

Unterstaatssekretär v. Fischer: Das vom Vorredner als möglich hingestellte Zollkuriosum wird nicht eintreten, da der Zollbeamte entweder aus einer Sendung einen Sack herausgreifen und sein Gewicht als das Durchschnittsgewicht annehmen, oder die Gesammtladung wiegen und darnach das Gewicht der einzelnen Säcke bestimmen kann.

In der Abstimmung wird unter Ablehnung aller Anträge der Antrag Spahn angenommen. Im übrigen bleibt die Regierungsvorlage unverändert.

Es folgt Position 48. „Anderes Obst, gemahlen, zerquetscht, gepulvert oder in sonstiger Weise zerkleinert, auch eingelaizen, ohne Zucker eingekocht (Mus) oder sonst einfach zubereitet, gegohren."

Die Vorlage sieht einen Zoll von 5 Mark vor gegen 4 Mark bisher.

Abg. Frhr. v. Wangenheim (kons.) beantragt einen Zollsatz von 15 Mark. — Abg. Antrick (Soz.) beantragt Zollfreiheit. — Abg. Frhr. v. Wangenheim (kons.) zieht seinen Antrag von 15 Mark zurück und beantragt einen Zollsatz von 10 Mark.

Abg. Stadthagen (Soz.) tritt für den sozialdemokratischen Antrag auf Zollfreiheit ein. Schon weil viele arme kranke Leute auf Obstgenuß angewiesen seien, dürfe man ihnen diesen Genuß nicht vertheuern. Der Obstgenuß solle überhaupt kein Privilegium der Reichen werden. Auch die finanziellen Wirkungen dieses Zolles seien gering; viel richtiger wäre es, die Einkommen über 3000 M. mit einem Steuerzuschlag von ½ pSt. für die Reichskasse heranzuziehen.

Der Satz der Vorlage von 5 M. wird angenommen.

Die Positionen 49—57: Südfrüchte und Schalenfrüchte werden verbunden. Die Vorlage bestimmt: für frische Ananassen, Citronen, Granatäpfel, Pommeranzen, Granaten, Datteln, Feigen, Mandeln, Pistazien, wie bisher, Zollfreiheit. Für frische Ananassen, Citronen, Granatäpfel, Pommeranzen, Granaten, Datteln, Feigen, Mandeln, Pistazien und bisher, 12 Mark, für getrocknete Feigen, Korinthen und